



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

267 (13.6.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-203924](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-203924)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gebracht Mark 50.—. Durch die Post bezogen Viertel Mark 1.50.—. Einzelnummer Mark 1.50. Postfach Nr. 1799 Karlsruhe in Baden und Nr. 2617 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E. & S. Gschäfts-Redaktion: Postfach 1799, 1794, 1792, 1793, 1794, 1795. Telegramm-Adresse: General-Anzeiger Mannheim. Geschäfts-Telefon 2617/1794.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die kleine Zeile Mark 2.— am 20. Mark 1.—. Stellengef. u. Verm.-Anz. 20%. Nachl. Ref. 30 am 20. Mark 26. Anzeigenschluss: Mittwoch vorm. 7 Uhr. Abendk. nachm. 7 Uhr. Für Anzeigen an bestimmt. Tagen, Stellen u. Ausgabem. keine Verantwortl. über. Kibber. Gewalt. Strafe. Betriebsstörungen usw. beschließen zu sein. Erfahrungen prüfen l. ausgef. oder beschl. Ausgaben aber für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz. Recht. Mann. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Die ergebnislose Bankierkonferenz. Spannung.

□ Berlin, 13. Juni.

(Von unserem Berliner Büro.)

Wie die „Post. Ztg.“ sich aus Paris melden läßt, wartet man in Pariser politischen Kreisen mit einer gewissen Spannung darauf, was Deutschland jetzt unternehmen wird und rechnet mit der Möglichkeit einer deutschen Initiative für eine kleine internationale Anleihe, die eine Aussprache zwischen Deutschland und dem Wiedergutmachungsausschuß über die eotl. Erleichterung einer solchen Anleihe zur Voraussetzung haben würde. Frankreich scheint auf jeden Fall entschlossen, sich zunächst abwartend zu verhalten. Sollte Deutschland unter Hinweis auf das Scheitern der Anleiheverhandlungen seine Sanierungszusagen zurücknehmen, ohne gleichzeitig neue Vorschläge zu machen, so würde Frankreich bei dem Wiedergutmachungsausschuß sofort die Aufhebung des provisorischen Moratoriums beantragen.

Man hält es für wahrscheinlich, daß die Deutschen dem Reparationsausschuß einen eigenen Anleiheplan unterbreiten werden und daß der Ausschuß zur Ermöglichung dieser Anleihe das sogen. Moratorium für etwa zwei Jahre, also bis Ende 1924, verlängert. Man scheint übrigens allgemein davon überzeugt zu sein, daß der Plan einer großen Reparationsanleihe in Verbindung mit einer allgemeinen Schuldenrevision, die sich auch auf die russischen Kriegsschulden erstrecken würde, im Laufe des Winters erörtert wird.

Vor Stellungnahme der Reichsregierung.

Die Rückkehr Bergmanns.

□ Berlin, 13. Juni. (Von uns. Berl. Büro.) Staatssekretär Bergmann wird heute abend in Berlin erwartet. Für Mittwoch vormittag ist eine Chefbesprechung in Aussicht genommen, aufgrund deren wohl dann das Reichskabinett Stellung zur Lage nehmen wird. Gestern hat eine kurze Chefbesprechung, die informativem Charakter trug, stattgefunden. Das Garantiekomitee wird Ende der Woche in Berlin eintreffen und hier 14 Tage verbleiben.

Der Aufenthalt des Garantiekomitees in Berlin.

□ Paris, 13. Juni. Wie der „Temps“ mitteilt, wird das Garantiekomitee etwa 14 Tage in Berlin bleiben. Der Aufenthalt des Komitees in Berlin diene dem Kontrolldienst über die deutschen Finanzen. Die Kontrollmaßnahmen müßten zum Gegenstand von Einzelberatungen zwischen der Reichsregierung und dem Garantiekomitee gemacht werden.

Frankreich und die Haager Konferenz.

□ Berlin, 13. Juni. Wie aus Paris gemeldet wird, läßt man in dortigen politischen Kreisen den Meinungsunterschied zwischen Frankreich und England hinsichtlich der Haager Konferenz als außerordentlich tief an, und man ist der Ansicht, daß die aktive Teilnahme Frankreichs an den Haager Besprechungen mehr und mehr fraglich wird. Jedenfalls dürfte für die Vorbereitungen am 18. und 26. Juni nur ein französischer Beobachter ernannt werden.

Zur Begegnung Lloyd Georges mit Poincaré.

□ London, 13. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter des „Evening Standard“ schreibt: Er könne versichern, daß man in offiziellen Kreisen dem kommenden Besuch Poincarés die größte Bedeutung beilege. Vor der Unterredung Poincarés mit Lloyd George und Balfour sei nicht daran zu denken, daß Frankreich allein ohne die Alliierten in ihrer Gesamtheit in der Reparationsfrage irgend einen Schritt unternehmen werde. Die Reparationsfrage werde den Brennpunkt der Unterhandlung zwischen den beiden Premierministern bilden.

Die Sanktionsfrage im Unterhaus.

□ London, 13. Juni. Im Unterhaus fragte das Parlamentsmitglied Wedgwood, ob die französische Regierung verpflichtet sei, keinerlei erweiterte Sanktionen im Ruhrgebiet oder in Frankfurt a. M. zu ergreifen, ohne sich vorher mit den alliierten und assoziierten Mächten zu beraten und deren Zustimmung einzuholen und ob, wenn die Deutschen ihren Verpflichtungen nicht nachkämen, die Franzosen erst nach Gewährung einer zweiwöchentlichen Frist ihre Absicht, ins Ruhrgebiet einzurücken, ausführen dürften. Lloyd George verwies auf die Erklärung Chamberlains in Beantwortung einer Anfrage vom 11. Mai. In Anbetracht der kürzlich zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission ausgetauschten Note komme augenblicklich der zweite Teil der Frage nicht in Betracht. Wedgwood fragte hierauf, ob das bedeuten solle, daß die von Chamberlain abgegebene Erklärung weiter aufrecht erhalten würde trotz der andersartigen Interviewäußerungen. Lloyd George erwiderte, daß ihm von solchen Äußerungen nichts bekannt wäre und daß die Erklärung Chamberlains der Standpunkt der britischen Regierung darstelle.

Die innerpolitische Lage Italiens.

□ Rom, 12. Juni. Das innerpolitische Versöhnungsprogramm des Ministerpräsidenten de Facta verbunden mit der Wahrung der Staatsautorität findet die Zustimmung der führenden Presse, die aber eine strikte Durchführung und Einhaltung dieses Programms der Regierung verlangt.

□ Rom, 12. Juni. Die Bildung einer italienischen demokratischen Partei durch die entsprechende Kammergruppe unter dem Vorsitz des Abg. Falcone ist offiziell beschlossen worden. Ihr Programm wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. An der Gründung nahmen 35 Abgeordnete teil.

Der deutsch-belgische Markumtausch.

□ Brüssel, 12. Juni. Der „Soir“ sagt in Bezug auf die heutige Konferenz zwischen den belgischen und den deutschen Bevollmächtigten in der Frage des Markumtausches, Deutschland werde vier Milliarden zu 125 Francs zurücknehmen und zwei weitere Milliarden zu 25 Centimes. Das deutsche in Belgien beschlagnahmte Eigentum werde zu Gunsten der Belgier liquidiert. Die Markbeträge bleiben alsdann in den Kassen der Nationalbank. Die deutsche Regierung werde Wechsel unterschreiben, die von Belgien diskontiert werden. — Das Blatt meldet weiter, daß die Verhandlungen morgen fortgesetzt würden und daß dann wahrscheinlich ein Abkommen unterzeichnet werde.

Die Vorfälle in Königsberg.

□ Berlin, 12. Juni. Ueber die Vorfälle in Königsberg erhalten wir vom Reichswehrministerium folgende grundsätzliche Stellungnahme:

Verboten war die dienstliche und außerdienstliche Teilnahme von Reichswehrangehörigen an Veranstaltungen von Vereinen, die als politisch erklärt wurden. Die zuständigen Zivilbehörden des Reiches und Preußens hatten die Kriegervereine in Ostpreußen, die staatsbürgerliche Arbeitsgemeinschaft und den Heimatbund für politisch erklärt. Dagegen galt das Verbot nicht für Veranstaltungen von staatlichen und kommunalen Behörden und für interne Militärfeiern. Letztere waren sogar vom Reichswehrministerium ausdrücklich gestattet. Bei dem Anmarsch zu einer solchen Feier, die in einer Parade vor dem Feldmarschall Hindenburg bestand, kam es zu den berichteten Zusammenstößen. Als Beweis für die Energie, mit der der Angriff der Kommunisten geführt wurde, ist hervorzuheben, daß einem Unersoffizier der Artillerie der Karabiner entrißen wurde. Einem Mann wurde der Karabiner durch Steinwürfe zertrümmert. Auf die Stahlhelme der Mannschaft regnete es fortwährend Stockhiebe und Steinwürfe, sodas den Leuten nichts anderes übrig blieb, als sich mit der Schutzmaske ihrer Haut zu wehren. Da von verschiedenen Seiten beanstandet wurde, daß die Reichswehr zu der Parade scharfe Munition mitführte, ist zu bemerken, daß es der Reichswehr für allemal offiziell gestattet ist, scharfe Patronen zu jeder dienstlichen Gelegenheit mitzuführen.

Auch in dem dem preußischen Staatsministerium vorliegenden Bericht des Königsberger Oberpräsidiums wird bestätigt, daß die Reichswehr den Zusammenstoß mit den Kommunisten nicht provoziert hat. Die Kommunisten hatten bereits zwei Kordon der Schutzpolizei durchbrochen, als sie von der dritten Abwehrlinie aufgefangen wurden. Auf dem Rückweg stießen die etwa 200 Köpfe starken Demonstranten auf die Abteilung Reichswehr von 30 Mann, die sofort angegriffen wurde. Die Soldaten verteidigten sich sofort mit Kolben und Seitengewehr und mußten schließlich in der Notwehr und in der Befürchtung, daß die wenigen Leute von der Uebermacht bewältigt würden, von der Schutzmaske Gebrauch machen. Der einzige Tote ist bezeichnender Weise nicht einer Schutzwunde, sondern einem Bajonettstich erlosen.

□ Berlin, 12. Juni. Zu dem Zusammenstoß in Königsberg erzählt die „D. A. Z.“, daß die im Krankenhaus eingelieferten Verwundeten erzählten, sie seien angewiesen worden, die Truppen zu überfallen. Auch einige Vereine wurden angegriffen. Es gelang aber immer, die Attentäter, die mit Steinwürfen vorgingen, der Polizei zu übergeben. Bei einem Zusammenstoß mit der Königsberger Schutzpolizei sollen drei Demonstranten, die sich im Lastkraftwagen der Schutzpolizei entgegengestellt, überfahren worden sein.

Die Heze von Links.

□ Berlin, 13. Juni. (Von uns. Berl. Büro.) Die „Freiheit“ sieht das Gespenst eines neuen Kapp-Putsch aufstehen. Sie gibt eine Meldung der „Roten Fahne des Ostens“ über einen angeblichen Aufmarsch von Truppen aus Pommern weiter und richtet an die Regierung die Frage, ob diese Truppenbewegung etwa mit dem „Hindenburg-Rummel“ im Zusammenhang stünde. Die „Rote Fahne“ sieht ihre Heze aus Anlaß der Königsberger Vorgänge fort und fordert die Berliner Arbeiterschaft zu Massenversammlungen unter freiem Himmel am Donnerstag nachmittag auf.

Kapp †.

(WB.) Leipzig, 12. Juni. Den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zufolge ist Generallandwirtschaftsdirektor a. D. Dr. Kapp heute morgen an den Folgen seiner Augenkrankheit gestorben.

Im April dieses Jahres hat sich Kapp freiwillig dem Reichsgericht zur Verfügung gestellt, obwohl er schwer leidend war. Er mußte sich dann auch sofort wegen eines schweren Augenleidens in ärztliche Behandlung begeben. Nach einer gefährlichen Operation ist er nun seiner Krankheit erlegen. Er war ein Mann von Energie und Fähigkeiten, aber auch von der Unberechenbarkeit altpreußisch-agrar-konserverter Richtung, die sich in die veränderten Verhältnisse nicht finden konnte und nicht finden wollte. Die Folge war politische Kurzsichtigkeit. Daran scheiterte der Kapp-Putsch, gewiß ein Unternehmen, getragen von bester Absicht und heiser Vaterlandsliebe, aber politisch nur unheilvoll in seinen Auswirkungen.

Gen. Oberregierungsrat Dr. Wolfgang Kapp, der im März 1920 mit General v. Lüttich durch einen Staatsstreich die deutsche Regierung zu stürzen versuchte, ist in New York am 24. Juni 1899 geboren. Sein Vater, Friedrich Kapp, ein Westfale, war als Alters- und zwanzigjähriger unter den radikalen republikanischen Demokraten gemeldet, die im September 1848 die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche mit Waffengewalt zu sprengen versuchten. Er mußte deswegen sein Vaterland verlassen, war dann einige Monate in der Schweiz und ging im Jahre darauf, begleitet von seiner Frau, der Tochter des preußischen Generals Engels, nach Amerika. Hier war er als Advokat tätig, tat sich mit zwei anderen politischen Flüchtlingen aus Deutschland zusammen, dem Maliner Jip und Julius Frobel, nahm auch am politischen Leben der Vereinigten Staaten regen Anteil, besonders im Kampf um die Befreiung der Sklaven. Von seinen Werken, die er als politischer Schriftsteller veröffentlicht, ist vor allem seine „Geschichte des Soldatenhandels deutscher Fürsten nach Amerika“ von Bedeutung. Im April 1876 kehrte er nach Deutschland zurück und gehörte hier anfangs der nationalliberalen Partei und später der freisinnigen Volkspartei als Reichstagsabgeordneter an. Er starb im Jahre 1884.

Von seinen Kindern kam Wolfgang Kapp nach Beendigung seiner juristischen Studien 1886 als Hilfsarbeiter ins preussische Finanzministerium. Von 1891—1899 war Dr. Wolfgang Kapp Landrat des Kreises Guben und Reichshauptmann, von 1900—1906 Vortragender Rat im Ministerium für Landwirtschaft, Domanen und Forsten, Abteilung für Vermehrung der landwirtschaftlichen und Gutsangelegenheiten, außerdem fungierte er als Kommissar des preussischen Landwirtschaftsministeriums beim Abschluß der Handelsverträge. Im Juni 1906 wurde er zum Generaldirektor der ostpreussischen Landwirtschaft gewählt. Die Universitäts Königsberg ernannte ihn zum Ehrendoktor. Er war von jeher einer der strengsten unter den Rechtskonservativen. Im Jahre 1916 griff er in seiner „Brochure „Die nationalen Kreise und der Reichsanwalt““ Beithmann-Hollweg heftig an. Die Schrift gab Anlaß zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Reichstagskammer vom 14. Juni, denen zufolge Kapp dem Reichsanwalt seine Zeugen überlieferte. Seine Ueberwahl zum Generallandwirtschaftsdirektor in Königsberg im Juli 1916 wurde damals zunächst nicht bestätigt, sondern erst unter Michaelis, als ihn die ostpreussische Landschaft in einem zweiten Wahlgang abermals gewählt hatte. Er war dann Mitbegründer und 2. Vorsitzender der am Sedanstag 1917 in Königsberg ins Leben tretenden Deutschen Vaterlandspartei. Bei den Reichswahlen für den ostpreussischen Wahlkreis Kognit-Birkfallen kam er im Februar 1918 in den alten Reichstag. Nach der Revolution war er anfangs politisch nicht mehr hervorgetreten. Als der Putsch im März 1920 im Kgl. Hof, Hof er nach Pommern und von da mit einem Flugzeug nach Schweden.

Dressstimmen.

□ Berlin, 13. Juni. (Von uns. Berl. Büro.) Die Rechtspreffe hebt in ihren Nachrufen auf Kapp die Tragik hervor, die in der Ineffizienz seines Wesens gelegen hat. Man zollt seiner Tätigkeit als Generallandwirtschaftsdirektor, der Reinheit seines Wal-tens und seinem persönlichen Mut Anerkennung; aber selbst in weit rechtsstehenden Blättern ist man in der Beurteilung seiner politischen Tätigkeit einig. So schreibt z. B. die „Deutsche Tageszeitung“: „Man mag den verhängnisvollen Artum, den Kapp im März 1920 beging, noch so tief beklagen; daß er auch bei diesem bedauerlichen Schritt von den reinsten Absichten geleitet war, sollten auch seine Gegner anerkennen.“ In ähnlichem Sinne äußern sich die „Kreuzzeitung“, die „Tägliche Rundschau“ und die völkerechtliche „Zeit“. Die „Germania“ nennt Kapp einen politischen Heißsporn und einen Wirtspol und der „Vorwärts“ findet, daß Kapp im Grunde eine herzlich unbedeutende Persönlichkeit gewesen sei.

Saargebiet.

Eher werden Berlin und Leipzig französisch.

Saarbrücken, 12. Juni. Gestern fand hier der Parteitag der Zentrumsparthei des Saargebietes statt. Als Grundgedanke, der sich wie ein roter Faden durch die ganzen Verhandlungen zog, muß festgestellt werden ein mutiges Eintreten für das an der Saar bedrohte Deutschland. Die Verhandlungen wurden geleitet vom Ersten Parteivorstandenden Sanitätsrat Dr. Jordan. Studienrat Wilschmidt referierte über die Schulfrage im Saargebiet. Am größten sei wohl in der gesamten Bevölkerung das Interesse an der Schulfrage. Man dürfe wohl sagen, daß heute jeder Einwohner und jeder Familienvater an der Saar wisse, daß die Schule und Schulung des Volkes ein politischer und völkischer Besitz sei, der wegen seiner eminenten Bedeutung alle Zeit zu schützen und in Zeiten des politischen Kampfes mit allen erlaubten Mitteln zu erhalten und zu verteidigen sei. Das saarländische Schulprogramm der neuesten Zeit kennzeichnete der Redner damit, daß die Regierungskommission möglichst viele Striche zwischen dem Saarland und dem übrigen Deutschland ziehen wolle und umso mehr Verbindungen mit Lothringen anzuknüpfen suche. Um dieser Politik vorzubeugen, müßten mehr denn je die Elternrechte in den Vordergrund gehoben werden. Sachlich und klar behandelte Rechtsanwalt Stegmann-Saarbrücken die politische Lage im Saargebiet. Nach seiner Ueberzeugung ist die Saarbevölkerung das schwerstgeprüfte Volk Europas, wenn nicht der ganzen Welt geworden, denn die Bevölkerung des Saargebietes sei entrechtet und in Bezug auf

Der Erzbergermörder-Prozess.

Sünfter Verhandlungstag.

OAB. Offenburg, 12. Juni.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit einer sehr interessanten Vernehmung zweier Zeugen, die erst später geladen wurden.

Ein gewisser Fochringer.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit einer sehr interessanten Vernehmung zweier Zeugen, die erst später geladen wurden. Ein gewisser Fochringer, ein 25jähriger Techniker aus Ulm, der, wie der Vorsitzende zur Glaubwürdigkeit des Zeugen feststellte, wegen Betrugs schon mit 10 Tagen Gefängnis bestraft ist und gegen den zurzeit ein Strafverfahren wegen Betruges angedreht ist, will von dem 25jährigen Kaufmann Friedlein, mit dem er in Stuttgart zusammen geschäftlich zu tun hatte, in einer langen Unterredung über den Mord erfahren haben. Friedlein habe Tillessen, den er vom Krieg her kannte, nach dem Mord, Ende November oder Anfang Dezember in Ulm im „Goldenen Engel“ getroffen. Tillessen habe den Friedlein gefragt, wer seiner Meinung nach der Mörder Erzbergers sei, worauf Tillessen sagte: Was der Zeuge sage, wenn er der Mörder sei. Als Friedlein erklärte, das glaube er nicht, habe Tillessen geantwortet, aber er sei der Mörder doch.

Da Friedlein bekannt gewesen sei, daß Tillessen über keine Mittel verfüge, fragte er, woher er das Geld zu dem Mord habe, worauf Tillessen dem Friedlein eine Briefkarte mit viel Geld, einen Auslandspost und eine Postkarte zeigte, die Friedlein von Tillessen ihm aus der Schweiz erhalten habe. Friedlein habe ihm weiter mitgeteilt, der Erzbergermörder sei vom Freikorps Oberland beschossen worden. Nach Erzberger sollten noch andere daran kommen, und auch der Reichsfänger Dr. Wirth. Der Zeuge will sich dann mit Friedlein über politische Morde unterhalten haben. Er habe die politischen Morde verurteilt. Friedlein dagegen habe erklärt, wenn es das öffentliche Wohl erfordere, dürfe es nicht darauf ankommen, ob einer oder mehrere verurteilt werden.

Auf Antrag der Verteidigung wurde von dem Vorsitzenden festgestellt, daß der Zeuge, als er unter dem Verdacht von Raub- und Unterschlagungswandeln verhaftet worden war, im Vollzeitsat den Stadtbrief gegen Schulz und Tillessen gesehen habe. Darauf hat er den Polizeibeamten gesagt, so erzählte der Zeuge, daß er auch etwas wisse über Schulz und Tillessen, worauf er dem Polizeibeamten die obigen Angaben machte. Der Beamte habe sie jedoch nicht zu Protokoll genommen, sie vielmehr als private Mitteilungen erklärt. Alle die Vernehmung feststellte, wurden die Aussagen des Zeugen dem Bericht erst im Mai bekannt.

Die Aussagen des Zeugen Friedlein

ergaben ein ganz anderes Bild und standen vielfach mit den Behauptungen des Fochringer in Widerspruch. Der 25jährige Zeuge, der jetzt Kaufmann in Ulm ist, war im Kriege Offizier der Marineinfanterie und kennt daher Tillessen. Er traf Tillessen in Ulm einige Tage nach dem Mord, als noch nicht bekannt war, daß Schulz und Tillessen des Mordes stark verdächtig seien, in einem Kaffee. Er hat Tillessen gefragt, wo er herkomme, und was er in Ulm tue. Tillessen sagte darauf, er wolle einige Tage in Ulm bleiben. In der folgenden Unterhaltung kam die Rede auch auf den Erzbergermord, der damals das Tagesgespräch bildete. Er suchte mir daher, so erzählte der Zeuge, das Wort der Tat zu erklären und den Mord damit zu entschuldigen, daß es kein gemeiner Mord sei, sondern eine aus Idealismus und aus vaterländischem Empfinden heraus entsprungene Tat.

Von dem Täter wurde mit keinem Worte gesprochen.

Tillessen hat auch keine Andeutungen darüber gemacht, daß er der Mörder sei. Es ist auch nicht richtig, daß Tillessen ihm einen Auslandspost und eine Briefkarte gezeigt und er von Tillessen eine Postkarte aus der Schweiz erhalten habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie sich der Zeuge die Aussagen des Fochringer erkläre, antwortete Friedlein: Die einzige Erklärung, die ich mir denken kann, ist diejenige, daß mich Fochringer aus Rache in die Mordliste ziehen will, weil ich mit ihm wegen Geschäftsverhältnissen geschäftliche Differenzen hatte. Am nächsten Tage, so fuhr der Zeuge fort, ging ich in den „Goldenen Engel“, wo Tillessen, wie er sagte, wohnte. Das Mädchen erklärte mir jedoch: Tillessen ist nicht hier. Später traf ich Tillessen in einem Lokal mit mehreren Herren, die, wie ich aus der Unterhaltung ermahnte, dem Freikorps Oberland in München angehört und Material transportieren wollten. Dem Zeugen sind verschiedene Photographien gezeigt worden, und er erkannte darunter einen Herrn Kochl wieder. Auch die als Zeugen anwesenden Mitglieder der Organisation C wurden ihm im Gerichtsraum gegenübergestellt. Er erklärte jedoch, diese Herren kämen nicht in Betracht. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Tillessen ihm gegenüber gedehnt habe, daß nach mehreren Vollstücken erledigt werden sollten, erwiderte der Zeuge, nicht mehr genau zu wissen, ob die Bemerkung von Tillessen oder von einem früheren Offizier, jetzt Beamten in München, mit Namen Heim, gemacht worden ist. Diesen Heim traf der Zeuge später noch einmal, und Heim hat ihm erzählt, daß Schulz und Tillessen in Budapest seien. Er habe von ihnen eine Postkarte erhalten.

Verleugerte Dr. Schelllein-München stellte ausdrücklich fest, daß zwischen dem Freikorps Oberland und der Organisation C gespanntige Beziehungen beständen, und beantragte, darüber ein Mitglied der Organisation C zu hören. Der Zeuge Hoffmann gab darauf die Erklärung ab, daß das Freikorps Oberland und die Organisation C auf gespanntem Fuß stehen und daß keinerlei Beziehungen zwischen den beiden beständen.

Den nächsten Zeugen Edmund hat der Angeklagte bei seinem letzten Aufenthalt in Halle befragt. Als ihm der Angeklagte einen Zeitungsartikel zeigte, den er aus seiner Brieftasche nahm, sah der Zeuge den Namen des Täters, den von ihm noch bekanntlich nach Halle mitgenommen hat. Daran, daß von Willinger gesagt haben soll, den brauche er, kann sich der Zeuge nicht mehr erinnern. Der

Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmungsrecht habe man das Saarland auf die gleiche Stufe mit den Regierungen der Völker in dunkelsten Afrika gestellt. Die Zentrumspartei lehne als Verfassungskommission jeden gewaltsamen Umsturz ab. Sie sei bereit, loyal und aufrichtig zum Wohle der Bevölkerung und des Landes mit der Regierung zu arbeiten. Aber zu der Regierungskommission, die so angesprochen gegen ihre Grundzüge gearbeitet hat und bis zur Stunde noch arbeitet, die vor einer weiteren Entschädigung der Bevölkerung nicht zurückgeschreckt ist, müsse sie in schärfster Opposition treten. — Der Spitzenkandidat der Zentrumspartei ist Rechtsanwalt Revacher in Saarlouis, der eine längere Zeit aus dem Saargebiet ausgewiesen war und später der Delegation nach Genf angehörte. Brausender Beifall durchtobte den Saal, als Herr Wilhelm erklärte: Cher werden Berlin und Belgien französisch, als daß das Saargebiet sich von Deutschland trennt!

Aus dem besetzten Gebiet.

Treuebekenntnis der Deutschen Volkspartei in Bingen.

Bingen, 12. Juni. Die Deutsche Volkspartei Rheinlands, zu ihrem 4. Parteitag in Bingen versammelt, gibt zur Rheinlandsfrage folgende Erklärung ab: Wir bekennen uns wie stets, so heute zum entschiedenen Kampf gegen jede Sonderbunderei am Rhein und gegen alle Bestrebungen, die auf eine Loslösung vom Deutschen Reich oder eine Selbständigmachung der Rheinlande hinführen. Wir erkennen darin schmachlichen

Zeuge stand in der Freiwilligenbewegung und hat daher mit Schulz und Tillessen geschäftlich korrespondiert, wie aus mehreren verlesenen Briefen hervorgeht. Auf die Behauptung des Staatsanwalts, daß der Zeuge freundschaftliche Beziehungen zu Schulz und Tillessen sowie zu der Organisation C abguschwächen versuche, erklärte der Zeuge, er habe Schulz und Tillessen als Mensch schlicht geliebt. Seine Beziehungen seien aber lediglich geschäftlicher Natur gewesen, weil er ebenfalls in der Freiwilligenbewegung gestanden habe. Die Frage des Vorsitzenden, ob er vor dem dem beabsichtigten Mord an Erzberger Kenntnis erhalten habe, verneinte er ebenso entschieden wie der nächste Zeuge Fochringer, jetzt Ingenieur in München, der unbedeutend vernommen wurde, weil er ebenfalls der Organisation C angehört. Er hat mit Schulz und Tillessen in derselben Abteilung zusammen gearbeitet, stand mit ihnen jedoch nicht in freundschaftlichen Beziehungen.

Ein Freiburger Polizeibeamter gab dann eine kurze Erklärung, wie man mit Hilfe eines der in Oxyden gefundenen Papierschnitzel, auf dem noch die Buchstaben „leser“ standen, durch Verfolger der Briefträger in München auf den Namen Tillessen und auf seine Adresse gekommen sei. Er hat auch in den Geschäftsräumen der Organisation C eine Hausnummer vorgenommen, jedoch keine Korrespondenz gefunden. Dagegen waren die vier Oxyden mit Papierschmuck gefüllt, jedoch ungenutzt, so daß viele Briefe verbrannt wurden.

Nach Schluß der Jugendvernehmung stellte die Verteidigung fest, daß der Angeklagte Diez bei seiner Vernehmung am 2. Febr. 1922 vor dem Untersuchungsrichter erklärte: Die beiden Mörder haben keine Leberträge getragen und Hute auf dem Kopfe gehabt.

Schluß der Beweisaufnahme

Wirkte das Gutachten des Schriftsachverständigen Rudno-München, der zunächst sehr lange allgemeine gedaltene Ausführungen über die Schrift usw. machte und der schließlich zu dem von dem Vorsitzenden in der Vernehmung mitgeteilten Ergebnis kam, daß Herbert Müller den Mordbrief an die Frau des Landtagsabgeordneten Adolph geschrieben habe und daß die Dokumente von der Hand des Schulz und Tillessen stammen.

Briefwechsel der Familie Schulz.

Nachdem das Gericht beschlossen hatte, die als Zeugen vernommenen Mitglieder der Organisation C nicht zu verurteilen, weil gegen sie noch ein Verfahren wegen Vergehens gegen § 139 des Reichsstrafgesetzbuches schwebt, wurden noch einige Briefe verlesen, welche Angehörige des Schulz mit ihm und untereinander gewechselt haben und die infolge der Briefsperrung beschlagnahmt worden sind. Das größte Interesse beanspruchte ein Brief, den die Mutter des Schulz am 27. November 1921 an ihre in Karlsruhe verheiratete Tochter Elsa geschrieben hat. Sie teilt ihrer Tochter mit, daß am Mittwoch Vormittag bei ihr in der Wohnung eine Berlin erkrankten sei und ihr einen Brief von ihrem Sohn Heinrich überbracht habe. In diesem Briefe, so schreibt die Mutter, schreibt Heinrich recht herzlich, daß es ihm gut gehe, er genügend Geldmittel besitze, eine gute Stellung habe, mit Tillessen noch zusammen und in Sicherheit sei. Sie solle ihm verselben, daß er ihr so aufregende Tage bereitet habe.

Er sei der Täter nicht selbst gewesen, hätte aber zur Tat mithelfen müssen.

Unsere Zeit wird bald kommen, so heißt es in dem Brief. Den Ort, wo er ist, hat er nicht angegeben, und der Poststempel war so verwaschen, daß man ihn nicht entziffern konnte. Er schrieb, es würde bald von auswärts wieder jemand kommen und Nachrichten an ihm bringen, eventuell auch eine laufende Unterstützung. Er schrieb noch, wenn ich wüßte, wie sie beide auf der Flucht unterstützt wurden, sogar von Frauen, auch arme Frauen hätten dabei geholfen und sie beschützt, dann würde ich als deutsche Frau die Tat verstehen. Die Mutter teilt der Tochter noch mit, daß sie den Brief gern aufgehoben hätte. Die Person jedoch, die ihr den Brief überbracht habe, habe darauf bestanden, daß er in ihrer Gegenwart verbrannt wurde, nachdem sie ihn zusammen sichtlich gelesen hatten.

In ihrem Antwortschreiben teilt die Tochter Elsa u. a. ihrer Mutter mit, daß der Vorfall der Mutter, sie müsse ein Verbrechen an ihren Bruder Heinrich begangen, damit er bei polizeilicher Selangheit Schulz gestellt werden könne, zu gefährlich sei. Sie solle jedoch durch die betreffende Person ihrem Bruder mitteilen lassen, daß er trotz allem noch für sie derselbe sei.

Etwa zwei Monate nach der Tat schrieb die Mutter des Schulz an ihre Schwester nach Leipzig: In Erzberger hat Deutschland zwar nicht viel verloren, aber mein Sohn hat durch die Tat die Heimat verloren.

Er habe jedoch von seiner Partei aus die Tat ausführen müssen. Wir haben nur einen Wunsch, so heißt es in dem Briefe, daß Heinrich (Schulz) glücklich über die Grenze kommt. Seine Partei wird ihm jedoch Mittel und Wege dazu verschaffen. Hätte er sich geweiigert, die Tat auszuführen, so wäre ihm Feigheit vorgeworfen worden.

In einem Briefe vom 10. Oktober 1921 warnt die Mutter ihre Tochter Elsa vor allem, nichts Ungünstiges über ihren Sohn in der Wohnung liegen zu lassen. Sie sei nicht sehr überzeugt, daß er die Tat begangen habe, doch sicher sei er in die Angelegenheit verwickelt.

Auf Antrag der Verteidigung wurde dann von dem Vorsitzenden ausdrücklich festgestellt, daß durch Reichsgerichtsentcheidung der Prozess gegen den Angeklagten und die anderen Mitglieder der Organisation C wegen Scheimbündelns an das Landgericht München I verwiesen worden ist.

Wozu man noch ein Zeuge vernommen. Dann beginnen die Verhandlungen, sodas das Urteil vermutlich morgen nachmittag zu erwarten ist.

Hochverrat und den höheren Untergang der Rheinlande. Wir stellen fest, daß hier eine Hand voll Leute am Werke ist, die keinen Anhang hinter sich haben und das Ausland über die wahre Stimmung des Rheinlandes täuschen. Wir verurteilen deren unverantwortlichen Treiben und alle damit zusammenhängenden Maßnahmen aufs schärfste.

Wir lehnen mit der gesamten treudeutschen rheinheftischen Bevölkerung die Errichtung einer rheinischen Republik oder eines selbständigen oder neutralen Rheinstaates einmütig ab und lassen uns durch keinerlei vorgetauschte Vorteile in unserer Liebe zum Deutschen Reich irre machen. Wie wir heute am Denkmal deutscher Einheit einen Kranz der Dankbarkeit niedergelegt haben, so erneuern wir am Fuße des Denkmals dem Deutschen Reich den Schwur unwandelbarer Treue.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete in der Pfalz.

(1) Spener, 12. Juni. Der Reichskommissar Fürst hat sich-Bindenburg ist gestern Abend von Koblenz kommend in Spener eingetroffen. Im Laufe des heutigen Vormittags stattete der Reichskommissar den Spitzen der Staats- und Kreisbehörden Besuche ab. Der Reichskommissar wird bei seinem zweitägigen Aufenthalt in der Pfalz die Gelegenheit wahrnehmen, mit den Vertretern der verschiedenen Berufsstände, insbesondere mit den wirtschaftlichen Verbänden sich über einschlägige Fragen zu unterhalten.

Der Reichspräsident in München.

München, 12. Juni. Im Rahmen der Veranstaltungen zum Anlaß der Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert in München war auch ein Empfang im Rathaus vorgesehen. Der Reichspräsident fuhr, begleitet vom Ministerpräsidenten Graf Beckenfeld, dem Minister des Innern Dr. Schwepfer und dem bayerischen Gesandten in Berlin von Dreger am Rathaus vor, wo ihn der 1. Bürgermeister der Stadt München, Schmid, sowie Vertreter der Stadtratsfraktion auf der großen Freitreppe empfing und ihn in den Repräsentationsaal geleitete, wo sich auch der Reichsrechnungsmann und weitere Mitglieder und Referenten des Stadtrats eingefunden hatten. Bürgermeister Schmid entbot hier dem Reichspräsidenten, besonders auch in seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident der Gewerkschaft der Willkommengruß der Stadt München, wies auf die Bedeutung und die derzeitige Lage der deutschen Gemeinwesen hin und schloß mit einem Hoch auf das arbeitsfrohe deutsche Volk. Der Reichspräsident dankte für den freundlichen Empfang, hob die Bedeutung der deutschen Gewerkschaften auch für München hervor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Finanzministerkonferenz in Würzburg günstige Ergebnisse für die Finanznot der deutschen Gemeinden im Besonderen bringen werde. Mit den übrigen Gästen trug sich der Reichspräsident in das Gastbuch der Stadt ein. Hieran schloß sich eine Repräsentationsfeier im Repräsentationsaal wurde dann den Ehrengästen noch ein Ehrentrunk gereicht.

Dann begab sich der Reichspräsident in Begleitung des Herrn von Dreger, des Grafen Joch und des Ministerialdirektors Reichert zur Gewerkschau, wo er von den Herren des Präsidiums, dem Handelsminister Hamm, dem Staatssekretär Stengel, dem württembergischen Gesandten in München und dem bayerischen Kultusminister erwartet wurde. Professor Schavogel, der Präsident der Deutschen Gewerkschaft, hieß den Reichspräsidenten als ersten Bürger des Reiches und als Ehrenpräsident der Gewerkschaft willkommen und dankte ihm für diesen erneuten Beweis seines Wohlwollens. Reichspräsident Ebert dankte für den freundlichen Empfang und wies darauf hin, daß der Versuch, hochwertige deutsche Arbeit zu zeigen, auch in allen Fachkreisen gemüßigt worden sei. Der bayerische Ministerpräsident habe mit Recht bei der Eröffnung der Gewerkschau sie als eine allgemeine deutsche Sache bezeichnet. München sei am ersten berufen gewesen, die Städte dieser Schau zu werden, da gerade im Süden gute deutsche Handwerksarbeit immer bedeutend war. München habe mit diesem Werk wieder bewiesen, daß es die erste Kunststadt des Reiches ist. Der Reichspräsident schloß mit dem Wunsch, daß die Ausstellung zur Befundung des deutschen Wirtschaftslebens beitrage und ein Werklein sein möge auf dem besten Wege zur Wiederherstellung unseres gemeinamen geliebten Vaterlandes. In dem Empfang schloß sich unter sachgemäher Führung ein Rundgang.

Eine Demonstration.

München, 12. Juni. Heute vormittag legten, wie die „München-Augsburger Abendzeitung“ mitteilt, eine Abordnung der deutschen nationalen bayerischen Mittelpartei, verschiedener Offizier- und Kriegsteilnehmervereinigungen und der deutsch völkischen Arbeitsgemeinschaft am Sarge Ludwigs III. in der Gruft der Frauenkirche in München einen Kranz mit schwarz-weiß-roter und weiß-blauer Schleife nieder. Ein an den Ministerpräsidenten Grafen Verheffen gerichteter Brief gibt Aufschluß darüber, daß diese Kranzniederlegung als Demonstration gegenüber der ersten Anwesenheit eines Repräsentanten der deutschen Republik in München aufzufassen sei.

München, 12. Juni. Der Besoldungsausschuß des bayerischen Landtags hat heute die laufenden Besoldungen zu der besonderen Wirtschaftzulage für die pfälzischen Staatsbeamten und Staatsarbeiter in Angleichung an das Vorgehen des Reiches einstimmig bewilligt.

Deutsches Reich.

Die Regierungserweiterung in Hessen gescheitert.

II. Darmstadt, 12. Juni. Der Landesauschuß der Zentrumspartei hat in einer Sitzung, die am vorigen Freitag in Mainz stattfand, zur politischen Lage in Hessen Stellung genommen. Das Ergebnis der Besprechung ist in einer langen und vielgewundenen Erklärung niedergelegt. Übersichtlich wird versucht, eine Einigungsformel über die Lösung des Konfliktes innerhalb der Koalition, der durch die „Halle“ Bornemann und L. Rai entstanden sind, zu finden. Das Zentrum betrachtet die Lösung, über deren Inhalt nichts weiter gesagt ist, als immer noch bedenklich. Die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gegen eine durch die Deutsche Volkspartei erweiterte Regierung wird bedauert. Doch sei das allein kein Grund, deshalb die alte Koalition zu verlassen. Das Zentrum will die Bemühungen für die große Koalition fortsetzen, „erwartet“ aber von der Deutschen Volkspartei, daß diese durch eine entsprechende Taktik ihr dabei zu Hilfe kommt. Nach diesem Beschlusse scheint die Möglichkeit einer erweiterten Regierung in Hessen für absehbare Zeit gescheitert zu sein.

In gleichem Sinne hat sich gestern Abg. Dr. Osann auf dem rheinheftischen Parteitag der Deutschen Volkspartei in Bingen zu der Haltung des Zentrums geäußert. Das Zentrum hat zu erkennen gegeben, daß ihm die Rücksicht auf die bisherigen sozialdemokratischen Koalitionsgenossen wichtiger ist, als die bürgerlichen Interessen. Es fehlt bei ihm zwar nicht an der Einsicht, daß die politischen Verhältnisse in Hessen immer unhaltbarer werden, aber an dem Willen, aus dieser Erkenntnis auch die nötigen Folgerungen zu ziehen. Das ist der Kernpunkt, alles andere ist rhetorisches Beiwerk, dazu bestimmt, die rechtsstehenden Kreise innerhalb des Zentrums mit dieser Taktik zu verführen. Nach unserer Auffassung kann die Deutsche Volkspartei aus dieser Lage keinen anderen Schluß ziehen, als ihre bisherige klare und folgerichtige Opposition mit Entschiedenheit fortzusetzen. Insofern dürfen sich die „Erwartungen“ der Zentrumspartei sehr bald als trügerisch erweisen. Die beiden vorliegenden „Halle“, die ja auch der Koalition bisher schon manche Kopfwehmerzen verursacht haben, werden im Landtag hinführend Gegebenheit bieten, den Standpunkt des Bürgertums entscheiden zur Geltung zu bringen.

Baden.

Ein Journalisten-Prozess in Sicht!

II. Offenburg, 12. Juni. Nach Schluß der heutigen Sitzung im Willinger-Prozess wird bekannt gegeben, daß die Staatsanwaltschaft gegen alle Redakteure, die über den jetzt zu Ende gehenden Prozess einen Vorbericht gebracht hatten, ein Strafverfahren eingeleitet hat. Hauptbeschuldiger soll Redakteur Franz Huber vom „Offenburger Tageblatt“ sein. Dieses Blatt hat am 2. Juni Teile der Anklageschrift veröffentlicht, was nach § 17 des Reichspressgesetzes nicht zulässig ist. Zuständig für die Aburteilung ist das Landgericht bezug. Schwurgericht des Wohnorts des betr. Redakteurs. Das Verfahren kann aber auch an jedem anderen Orte, wo das betr. Blatt und sei es auch in einem Exemplar verbreitet ist, durchgeführt werden. Die Staatsanwaltschaft Offenburg plant die Anklage gegen alle Beteiligten hier zu erheben. Das bedeutet einen neuen Prozess in Offenburg in Sachen Erzberger.

Kleinrentnerfürsorge.

Die Hilfsaktion des Reiches für nothleidende Kleinrentner hat durch die kürzlich erfolgte Bewilligung von Mitteln durch den Reichstag eine breitere Grundlage erhalten; während im Vorjahr vom Reich 100 Millionen bereitgestellt wurden, stehen jetzt 500 Millionen Mark zur Verfügung unter der Bedingung, daß die Länder und Gemeinden nochmals den doppelten Betrag aufbringen. Hiermit würde also ein Gesamtbetrag von 1,5 Milliarden erreicht. Auf Baden entfallen an Reichsmitteln rund 17,5 Millionen Mark unter der Voraussetzung, daß Staat und Gemeinden jeweils die gleichen Beträge aufbringen und die Beträge ihrer Bestimmung auch wirklich zugeführt werden. An der Bereitwilligkeit des Landes und der Gemeinden ist nicht zu zweifeln, es hängt jetzt alles davon ab, daß die nothleidenden Kleinrentner ihre Ansprüche bei den gemeindlichen Fürsorgeämtern baldigst einreichen, sobald die vom Reich in Aussicht gestellte Beihilfe den badischen Rentnern auch wirklich zugute kommt. Die Hilfeleistung des Reiches bleibt an die Forderung gebunden, daß das Vermögen des Kleinrentners zur Bestreitung des Lebensunterhaltes herangezogen wird. Die badischen Ausführungsbestimmungen zu den Richtlinien des Reiches schreiben für die schoname Heranziehung des Vermögens des Rentners den Weg der Gewährung zinsfreier Darlehen gegen Verpfändung der Vermögensstücke vor. Die Vermögensstücke werden der Gemeinde als Treuhänderin übereignet, der Redner behält die Zinsscheine in der Hand und kann zudem jederzeit — was besonders hervorzuheben werden soll — den Vertrag auflösen und das Vermögen wieder an sich nehmen. Die Hilfsaktion besteht darin, daß dem erwerbsunfähigen bedürftigen Rentner das unzureichende Zinseinkommen bis zu einer bestimmten Höhe aufgefüllt wird, die etwa die Höhe der Erwerbslosenunterstützung gleichgestellt werden soll. Die Sätze der Erwerbslosenunterstützung stehen unmittelbar vor einer Erhöhung durch die Reichsregierung. Solange diese Erhöhung nicht erfolgt ist, sind die Gemeinden befugt, auch über die derzeitigen unzulänglichen Sätze hinauszugehen.

Die erforderliche Auffüllung — d. h. also die Differenz zwischen dem Einkommen des Rentners und der Erwerbslosenunterstützung — wird zu 2/3 aus einem zinsfreien Darlehen, zu 1/3 aus einem nicht auf das Kapital anrechenbaren Zuschuß bestritten. Neben dieser Regelung der laufenden Beihilfen wickeln sich natürlich noch zahlreiche andere Hilfsmassnahmen ab, wobei wir in erst. Linie auf die Beschaffung von Arbeit zum Nebenverdienst, bestmögliche Verwendung des Hausrats, Unterbringung in Heimen und dgl. hinweisen. Die Gemeinden bilden Fürsorgeausschüsse, in denen Vertreter der Gemeinden mit Vertretern der Kleinrentnerorganisation die Anträge prüfen und bearbeiten. Dieser Hilfe der örtlichen Kleinrentnerorganisationen ist es auch zu danken, wenn älteren und fränklichen Rentnern und Rentnerinnen Wege erpart werden und ihnen in jeder Beziehung die Inanspruchnahme der Kleinrentnerfürsorge erleichtert wird. Hinzugefügt sei schließlich noch, daß die jetzt zur Verfügung stehenden erhöhten Mittel die Veranlassung zu erneuter Beratung über Einzelheiten der Richtlinien geben werden.

Städtische Nachrichten.

Verlegung des Montags-Hauptmarktes.

Dieser Tage hatte der Verein der selbständigen Obst- und Gemüsehändler, Mannheim in der hiesigen Presse eine Veröffentlichung erlassen, in der zu den Bestrebungen der Gärtnere, den Montagsmarkt auf Dienstag zu verlegen, behauptet wurde, die Verlegung des Montags-Hauptmarktes solle nicht wegen des Wertes der Sonntagsmarkts erfolgen, sondern damit die Gärtnere für ihre Waren höhere Preise erzielen, da an diesem Tage in Ludwigshafen und Heidelberg Markt sei und deshalb wenig Ware an den Mannheimer Markt komme. Ferner wurde über die Preisveränderung der Marktwaren gesagt, daß Gärtnere dieses Jahr den Preis für Kopfsalat wochenlang auf 8-10 Mark per Kopf gehalten hätten u. erst zurückgegangen wäre, als der Handel von auswärtigen Salat brachte und trotz der hohen Fracht wesentlich billiger verkaufte. Die Güterzeit der Gärtnere sei sogar soweit gegangen, daß sie den Salat lieber in den Kästen verderben ließen, als sie ihn billiger abgeben, denn es seien Gärtnere hier, die 20-30000 Stück Kopfsalat einfach stehen ließen, sobald er leicht und wertlos wurde. Am Pfingstmontag hätten zwei Gärtnere ihre Erbsen auf den Markt gebracht und einem Händler auf dem Wege zum Markt erklärt, sie würden solche zu 10 Mark per Pfund verkaufen; da es jedoch die ersten Erbsen waren, die an den Markt kamen, begünstigte sie sich nachher mit einem Großverkaufspreise von nur 18 Mark, sobald die Ware nur für Verbraucher mit entsprechendem Einkommen käuflich war. Der Vorstand der Bezirksgruppe Mannheim des Verbandes badischer Gartenbaubetriebe bemerkt nun seinerseits dazu: Wenn die hiesigen Händler behaupten, die Gemüsegärtnere wollen die Verlegung des Montags-Hauptmarktes auf Dienstag lediglich aus finanziellen Rücksichten, um höhere Preise zu erzielen, so ist das eine bewusste Verfälschung der öffentlichen Meinung. Wir Gemüsegärtnere verlangen ebenso einen freien Sonntag, wie ihn jeder Beamte und Arbeiter und auch die Händler für sich beanspruchen. Die Händler scheinen nicht zu wissen, daß wir unser Personal an Sonntagen nicht beschäftigen dürfen. Die Herrichtung der Marktware erfolgt daher lediglich vom Gemüsegärtnere oder dessen Angehörigen. Ein weiterer Faktor für die Verlegung ist der schlechteste Markt an den Montagen. Hausfrauen sieht man da sehr wenig, dagegen umföhere Händler aus Ludwigshafen und insbesondere aus dem Saargebiet, die die Ware von Mannheim wegföhren. Wenn der Montagsmarkt auf Dienstag verlegt wird, dann bekommt der Verbraucher seine Ware frisch und halber und aller Voraussicht nach billiger, denn der Kauf von Ludwigshafener und Saargebietshändlern an den Montags-Hauptmärkten hat eine Warenknappheit zur Folge, aus der natürlich ein höherer Warenpreis resultiert. Dem Artikelschreiber scheint auch nicht bekannt zu sein, daß Kopfsalat im April in mühevoller Arbeit unter Glas gezogen werden mußte. Wenn er ferner behauptet, daß Gärtnere in ihren Kästen 20-30000 Stück Kopfsalat einfach hochschichten ließen, so zeigt das wenig Verständnis von der Salatzüchtung. In der heutigen Zeit, wo jeder Pfennig aus den recht kostspieligen Gärtnerebetrieben herausgewirtschaftet werden muß — sind doch die Anschaffungspreise von Glas, Düng, Strohmatten bis 100 Proz. gegen die Friedenspreise gestiegen, wozu noch die teuren Kotspreise kommen — ist es einfach ausgeschlossen, daß der Gärtnere seine mit dieser Mühe herangezogenen Pflanzen verderben läßt. Tatsache aber ist, daß die Witterungsverhältnisse aller gartenbautechnischen Wissenschaft und dem erfahrensten Gärtnere das Konzept verderben. So kam es vor, daß infolge der allzu großen Hitze der letzten Wochen der Salat ohne große Blattdickung im Stengel in die Höhe schoß. Diesen hochgezogenen Salat bietet aber kein Gärtnere auf dem Markt an. Was die teuren Erbsen anbelangt, so ist festzustellen, daß die Gärtnere, die die Erbsen auf den Markt brachten, diese zum Preise von 10 Mark pro Pfund an die Händler absetzten. Von diesen aber ist der Preis mit 18-20 Mark aufgerufen worden! Wir haben beide Teile zu Wort kommen lassen, ohne im übrigen die beiderseitigen Aufstellungen nachprüfen zu können. Die Entscheidung über diese Angelegenheit muß nun dem Stadtrat nach Anhörung der beiden Parteien und der Marktkommission überlassen werden.

Südwestdeutsche Wärmewirtschafts- und Wärmeindustrie-Ausstellung Ludwigshafen a. Rh.

Der Besuch der Ausstellung am verfloffenen Sonntag (11. Juni) war überaus stark gewesen. Insbesondere war ein großer Fremdenbesuch aufzuweisen. Für die laufende Woche haben sich eine ganze Anzahl von Vereinen und Fachverbänden für geschlossene Führung durch die Ausstellung angemeldet. Die Führungen, die am verfloffenen Sonntag ununterbrochen von vormittags 8 bis abends 7 Uhr dauerten, stehen unter Aufsicht des Herrn Dr. Gröber von der Bayer. Landesobststelle. Es sollen keine Vereine und Fachverbände, denen eine Einladung von Seiten der Ausstellungsleitung zum geschlossenen Besuche zu ermäßigten Eintrittspreisen zugeht, verkehren, hierauf Gebrauch zu machen. Es sei an dieser Stelle noch ganz besonders auf die am 13., 16., 21., 26. und 28. Juni, jeweils im Ausstellungsgebäude nachmittags stattfindenden Gas-Belehrungen mit praktischen Kochvorführungen hingewiesen. Es sollte sich keine Hausfrau diese überaus lehrreichen Vorträge zu besuchen, entgehen lassen. Es haben sich zum geschlossenen Besuch der Ausstellung weiterhin aus Baden, Hessen und der Rheinpfalz angemeindet: Mitgliedere von wirtschaftstechnischen Verbänden etwa 10000, Schüler etwa 15000. Weitere Redundanzen stehen bevor, so daß der rege Besuch auch weiterhin gewährleistet ist. Während der ganzen Dauer der südwestdeutschen Wärmewirtschafts- und Wärmeindustrie-Ausstellung Juni 1922 in Ludwigshafen a. Rh. ist eine Einreiserechtigung ersonnen, insofern eingetretet, als bis zur endgültigen Lösung dieser Frage in Ludwigshafen a. Rh. im Bräutigamshaus (Ludwigshafener Seite) provisorische Einreiselaubnisse zum Besuche der Ausstellung ausgeben werden. Zum Erhalt eines solchen Ausweises, der bei Lösung einer Ausstellungsdauerkarte zu 3 Mark für den ganzen Monat Juni Gültigkeit hat, genügen die Personalangaben, die durch irgend ein Schriftstück von amtlichem Charakter belegt werden müssen.

Ein Kälterückfall.

Selt Ausgange der letzten Woche hat sich ein scharfer Witterungsumschlag bemerkbar gemacht, wozu ein Wetterkundiger in Norddeutschland schreibt: Mit dem Bollmond (9. Juni) wird sich bei meist östlichen bis südöstlichen Winden voraussichtlich wieder eine kräftige Wärmeausweitung bemerkbar machen, die auf einen mit oder kurz nach dem Bollmond drohenden abermaligen Wetter- und Temperatursturz schließen läßt, von dem zu befürchten ist, daß er recht scharf ausfallen und die berüchtigte Schattkäse im Juni, d. h. einen Kälterückfall meist während der Tage vom 10. bis 15. Juni, bisweilen auch etwas später, sichtbar machen wird. Im Hochgebirge und auch auf den Höhen der deutschen Mittelgebirge, sowie auf denen von Süddeutschland stehen um diese Zeit sogar Schneefälle in Aussicht. Während das Wetter anfänglich bei westlichen bis nordwestlichen Winden vorwiegend veränderlich, unbeständig und böig-regnerisch sich gestalten wird, ist späterhin, etwa am den 17. Juni herum, eine Besserung des Wetters und rasche Wärmezunahme wahrscheinlich. Vom 24. Juni, Johannisfeiertag, ab wird sich voraussichtlich beginnende lebhaftere Westwindstimmung einstellen, die sich zunächst im Süden und Südwesten bemerkbar machen dürfte und sich späterhin nach etwas verstärken wird. Bis zum Schluß dieses Monats wird dieser Witterungscharakter wohl vorherrschend bleiben. Vom 27. Juni (Siebenschläfer) ab wird jedenfalls die Hauptwitterung des ganzen Sommers ihr charakteristisches Gepräge hervorkehren. Sehen um diese Zeit nach vorangekommenem verhältnismäßig gutem Wetter tägliche Regenfälle ein, so bleibt der größte Teil des Hochsommers kühl und regnerisch.

In dem ersten Teil seiner Voraussage hat sich dieser Wetterkundige nicht getäuscht. Der Kälterückfall ist eingetreten. Zwar berichtete gestern die badische Landeswetterwarte, daß sich ein hoher Druck Deutschland genähert habe, der von Aufhellung und zunehmender Erwärmung begleitet sei. Leider können wir heute noch nichts davon merken. Der Himmel hat sich eine unbedeutende, graue Regenwolke übergezogen, die uns die Sonne einstmals verhält und auch heute in der Frühe seinen Regen niederrieseln ließ. Die Temperatur, die gestern früh 7 Uhr bereits auf 12 Grad gesunken war, hat sich heute weiter empfindlich verschärft. Das Thermometer zeigt 10 Grad R.

Ein neues Mittel zur Staubdämpfung.

Als Mittel zur Staubdämpfung ist ein neues Produkt aufgetaucht, die Sulfoablauge. Durch Besprengung der Straßen mit diesem Stoff sind in der Schweiz bereits gute Ergebnisse erzielt worden. Die präparierte Lauge wird, wie die "Berkehrstechnik" mittelt, am besten in noch hellem Zustande abgefüllt und an Ort und Stelle, genau wie Wasser, auf den Straßenkörper verteilt. Nachdem das Wasser verdunstet ist, hinterläßt die Lauge einen braunen, glänzenden, asphaltähnlichen Rückstand, der in der Hauptsache aus Niggin bzw. Nigginulfosäurem Kalk besteht und sich mit dem Schotter zu einem sehr harten, fest anhaftenden, gegen mechanische Einflüsse weitgehend widerstandsfähigen Oberflächenschicht verbindet. In genügender Schichtdicke verbleibt der Rückstand wochenlang und schließt jede Staubbildung aus. Die Nigginmasse ist aber in Wasser löslich. Schwacher Regen schadet nicht, denn er löst losgelagerte Schotterteilchen zusammen; nur anhaltender, starker Regen schwemmt den Bod mit der Zeit weg, so daß eine erneute Besprengung notwendig wird.

Stand der Reben in Baden.

Das Austreiben der Reben hat bei der schwülen gewitterigen Witterung recht gute Fortschritte gemacht. Aus dem Kaiserstuhlgebiet wird berichtet, daß der Samenansatz als gut bezeichnet werden kann. Vom Bodensee wird ähnliches berichtet, zugleich wird aber mitgeteilt, daß der Winterfrost in der Reersburger Gegend doch mehr geschadet hat, als bisher angenommen wurde. Aus dem Kraichgau wird gemeldet, daß der Stand der Reben bis jetzt sehr erfreulich ist. Aus dem Breisgau und unteren Markgräflerland wird von einer ungeheuren raschen Entwicklung der Reben berichtet. Die Gutedelreben haben dort, wo eine normale Bearbeitung der Reben in den Vorjahren stattgefunden hat, gut angefaßt. Aus der Ortenau meldet man, daß der Stand der Reben im Allgemeinen gut ist, daß aber auch in verschiedenen Lagen Krankheiten auftreten.

Der Saatenstand in Baden.

Der Saatenstand zu Anfang des Monats Juni hat sich leicht gebessert; Winterweizen steht vielerorts etwas dünn und lückenhaft. Die Kartoffeln, Rüben sind vielfach noch nicht aufgegangen oder in der Entfaltung sehr zurück. Die Heuernte, sowie die Bergung des ersten Kleechnitts hat da und dort begonnen. Die Berichte über den Stand der Weinberge lauten im allgemeinen recht befriedigend.

Pb. Aufgehoben wurde: Am 1. 6. 22 am rechten Redarifer in der Nähe der Riedbahnbrücke die nachstehend aufgeführten Kra-

Alle Vorzüge der Myrrhollin-Selle. Der Myrrhollin als Hauptbestandteil findet man in der als beste hygienische Toiletteseife ärztlich empfohlenen Myrrhollin-Selle.

Wer nur im Lohn den Lohn der Arbeit sieht, wird ewig der Arbeit klauen.

16. Tagung des Südwestdeutschen Verbands für Altertumsforschung.

Der Verband setzte am 10. Juni seine wissenschaftlichen Sitzungen im historischen Museum der Pfalz zu Speyer fort. Es referierten Dr. Böschke-Trier über die Keramik der nachrömischen Zeit und Dr. Sprater-Speyer über neue Beobachtungen an pfälzischen Ringwällen. Auf die beiden Vorträge, von denen besonders der letzte auch für den Laien Interesse hat, kommen wir später noch zurück. Am Nachmittag fand eine Besichtigung des historischen Museums statt.

Den zweiten öffentlichen Vortrag im großen Saal des Mittelbacher Hofs hielt Hauptlehrer Zintl-Kaiserslautern über die germanische Besiedlung der Pfalz mit besonderer Berücksichtigung der West- und Nordpfalz. Von den beifällig aufgenommenen Ausführungen dieses Redners entnehmen wir folgendes: Die germanische Besiedlung der Pfalz beginnt schon lange vor Christus, denn das Einbringen germanischer Stämme, das mit den Kimbern, die nach Baden wählten, für uns gewöhnlich ansetzt, erreicht unter dem Schwefelbacher Krieger einen Höhepunkt. Der Sturm auf gallisches Gebiet wird wohl aufgeduldet, aber drei germanische kleinere Völkernamen werden von Julius Cäsar gerade bei oder in unserem Lande angedeutet: Mangionen, Remeter und Leiberer, sie werden romanisiert.

Gar Zeit der Römerherrschaft drängen ununterbrochen Germanen über den Rhein, anfangs geschloffen, später einzeln in friedlicher Absicht. Die Welle löst sich nicht brechen, bis mit dem Zusammenbruch der Welt Herrschaft am Rhein Germanen nachrücken als Erben der Römerherrschaft. Spätestens 406 beginnt die ununterbrochene Landnahme der Franken (Chatten). Ein längeres Verweilen der Germanen im heutigen Pfälzer Gebiet läßt sich nicht erweisen, am allerwenigsten aus den Siedlungsnamen und aus der Volkskunde. Aber die "ingen" noch "weiler" Orte können für Germanen in Anknüpfung genommen werden. Die zahlreichen "heim" Orte, die am Neckargebiete des alten Bolegus, auch am Donnersberg, und an den Tälern der Alsenz halt machen, liegen in zwei großen Gruppen längs der Ebene längs der Römertroße, auf der die fränkischen Bauern anrücken, aber das Wort "heim" bleibt noch Jahrhunderte nach der fränkischen Landnahme lebendig und wächst weiter.

Die als besonders früh bezeichneten "ingen" Orte sind lange nicht alle patronymischer Art, sondern echte Raturnamen, wie sie in Rurnamen heute noch in großer Zahl auftreten. Neben dem alten Ollingen (Edentoden) von Odo, Dito steht das gerade so alte Rossung (zu den Rossen) und Vinunga (Reinigen). Der Westen und die Nordpfalz kennen mit Ausnahme der Blesede nur Raturnamen auf "ingen". Dort in der westlichen Gegend der Pfalz, die am frühesten besiedelt ist, erscheinen "heim", "ingen" und "weiler" Orte in großer Zahl. Die Stämme kommen von Saar und Mosel. Die "weiler" Orte treten später als "heim" Orte auf, auch da, wo kein fränkischer Fund gemacht wurde, wie z. B. in Kaiserslautern. Hier erscheint bereits 872 Ranzharisweilern, eine grundherrliche Schöpfung, wie so viele, die nach "weiler" benannt sind. Ihr römischer Ursprung läßt sich nirgends beweisen. "Weiler" ist als Nachwort mit diesen anderen ins Deutsche eingedrungen und bei uns als Ortsnamen-Element verwendet, weil die Rheinlande der Ausgang für alle Behndröner waren. Bis ins 12. Jahrhundert hinein wird das Wort zur Ortsnamenbildung verwendet. Die Stämme in "Weiler"-Orten sind demnach so wenig Römer oder romanisierte Einwohner, wie die der "heim"- oder "hausen"-Orte. Da, wo aber Römer oder Romanisierte sitzen bleiben, erhielt sich auch das nichtgermanische Wort für die Siedlung. Altrip, Zabern, Ulmet, Kusel, Kunkel, Kontwig, Wenz u. a. Wo aber, wie in Speyer, die deutsche Siedlung neben der römischen bald überzog, kam auch der deutsche Ortsname auf; z. B. Frankenthal (Franconobus) Ehenbera. Während mit der Karolingerzeit die Gründung der Orte in der Rheinebene abschließt, beginnt um diese Zeit im Neckar- und Wormogau, namentlich im Bannforste Sutra die Siedlungsfrohe Zeit, die ihren Höhepunkt im 12. Jahrhundert erreicht. Es ist oft ein unsicheres Laufen, wie die vielen Wäldern der West- und Nordpfalz bezogen. Die heutige Besiedlung der Pfalz ist aber als Ganzes eine gewaltige Arbeit des pfälzischen Volkes, die auch nach dem 12. Jahrhundert noch lange nicht abgeschlossen war.

Kunst und Wissen.

Die Wbl-Dogler-Abendmusik, die als 3. Kulturveranstaltung der Badisch-pfälzischen Maitage die Reihe der Konzerte aus der Mannheimer Tonhalle abschloß, wurde gestern bei außerordentlich starkem Besuch in der Theatervilla wiederholt. Das um einige Mitglieder der Nationaltheaterorchesters vermehrte Orchester der Städtischen Musikdirektion leitete, Gunnar Graevud lang Resitative und Arien des Oratoriums überaus ionisch und ausdrucksvoll. Besonders den Gehörten die Degelstücke, die beiden Präludien und der Degelpart des Oratoriums.

Geheimrat Prof. Dr. Boll in Heidelberg, Ordinarius für Klassische Philologie an der Universität Heidelberg, ist von der Universität Padua in Italien zum Ehrendoktor ernannt worden. Prof. Franz Boll unternimmt z. Zt. gerade eine Studienreise in Italien.

Oskar Roethe Präsident der Goethe-Gesellschaft. Der neu-gewählte Vorstand der Goethe-Gesellschaft wählte, da Büchlin verabschiedete, Professor Roethe-Berlin zum Vorsitzenden.

Vollendung des Sammelbuches griechischer Urkunden aus Ägypten. Die juristische Fakultät der Universität Heidelberg übernahm der Straßburger Wissenschaftlichen Gesellschaft den Betrag von 50000 Mark, um dadurch die Vollendung des vom Pappus-forscher Geh. Privat-Universitätsprofessor Dr. phil., Dr. jur. h. c. Friedrich Prellwitz-Heidelberg noch in Straßburg begonnenen Sammelbuches griechischer Urkunden aus Ägypten zu ermöglichen. Der aus Dessau gebürtige Papyrusforscher, 1913 Professor in Straßburg, seit 1916 Professor in Heidelberg, war früher Telegraphen-direktor in Berlin und Straßburg, 1908/09 besuchte er im Auftrag des Reichspostamts und der Straßburger Universität Ägypten und insbesondere Kairo zum Studium der dort liegenden wichtigen Papyri.

Hermann Dieß f. Im 74. Lebensjahre ist der bekannte Professor für Klassische Philologie an der Universität Berlin, Geh. Ober-Regierungsrat Dr. h. c. Hermann Dieß in Berlin-Bahnhof gestorben. Hermann Dieß wurde am 18. Mai 1848 zu Wobrich a. Rh. geboren. 1881 wurde er in die Akademie der Wissenschaften Berlin, 1882 wurde er a. o., 1888 ord. Professor an der Universität Basel. 1895 wurde er als Nachfolger Mommsens zum beifändigen Sekretär an der Akademie der Wissenschaften gewählt. 1906/07 war er Rektor der Universität. An der Universität war Dieß einer der vorzüglichsten und am stärksten angetragenen Lehrer mit seinem lebendigen, anschaulichen, sprachlich vollendeten Vortrag. Als Forscher streng und gründlich, hat er die Ergebnisse seiner Arbeit in einer Reihe von Werken niedergelegt, die befruchtend und bereichernd zum dauernden Besitz der Wissenschaft geworden sind. Die Forschung über die griechische Philosophie hat er durch den Nachweis neuer Quellen und den Nachweis des Abwuchs der Überlieferung der griechischen Philosophie (Doxographi Graeci, 1879) und anderer Arbeiten gefördert. Eine Ausgabe und Überlieferung des Aufzuges war die Arbeit, über der der Tod ihn abgerufen hat. Dieß, dieser Professor des klassischen Altertums, wo ein Mann von echt deutscher Gesinnung und deutschem Gefühl, dabei hat er sich um die internationale Organisation durch Fortsetzung der Akademien hervorragende Verdienste erworben. Ein Großer im Reiche der deutschen Wissenschaft ist in ihm von uns geschieden.

... und zwar ein weisses, geflammtes ...

Veranstaltungen.

pp. Der Hebammenverein beging gestern ...

„Das Weib des Pharao.“ Der Film, der mit ...

Wochenplan des Nationaltheaters.

Table with 3 columns: Day, Play, Time. Includes entries for Monday, Tuesday, Wednesday, Thursday, Friday, Saturday, and Sunday.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 13. Juni. Ausflügler fanden am Sonntag ...

Weinheim, 9. Juni. Am Donnerstagabend hielt die ...

Buchen, 12. Juni. Im Gemeindevorstand bei Bollmerdort ...

Immenhingen, 12. Juni. Am 8. Juni hat die volle Dona ...

Aus der Pfalz.

Neustadt, 13. Juni. Seinen 60. Geburtstag beging der ...

Godramstein, 13. Juni. Der ledige, 34 Jahre alte Georg ...

Gerichtszeitung.

Berlin, 12. Juni. Ein Bezugsversuch gegen den ...

Beßlin, 12. Juni. Der frühere baltische Abgeordnete ...

Sportliche Rundschau.

Motociclisten auf der Avus.

Am Sonntag nachmittag begannen die ...

Ergebnisse:

Renner I (Krafter über mit ...)

Der A. D. A. C. hatte am Sonntag ...

Das größte Interesse fand das ...

Pferderennen.

Die erfolgreichsten ...

Wasserballspiele.

Die Spielrunde um die ...

Sportball.

Die erfolgreichsten ...

Olympiade.

Deutschland bei den Olympischen ...

Neues aus aller Welt.

Aus russischen Acten.

Die von der Sowjetregierung ...

Handel und Industrie.

Dollarkurs 320 Mark.

Kapitalerhöhung der Neckar A.-G., in Stuttgart.

Die erste ordentliche Hauptversammlung ...

Der Antrag auf Erhöhung des ...

C. G. Maier Aktiengesellschaft für Schifffahrt, Spedition und Kommission.

In der gestern abgehaltenen ...

Schnellpressenfabrik Frankenthal ...

Deutsche Effekten- und Wechselbank ...

Verkehrssperren. Bis auf weiteres ...

Neueste Drahtberichte.

Chemnitz, 13. Juni. (Eig. Draht.) ...

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 12. Juni. Die heutige ...

Rheinische Hypothekbank, Mannheim.

Table with 2 columns: Description and Value. Includes entries for Rhein. Hyp.-Pfandbriefe etc.

National-Theater Mannheim.

Dienstag, den 13. Juni 1922. 50. Vorstellung in Miets, Abteilung A (für 2. Parkett A 43).

Mauserung

Lustspiel in fünf Akten von Emil Gölz. In Szene gesetzt von Heinz W. Voigt. Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 14. Juni 1922.

50. Vorstellung in Miets, Abteilung C

Der Arzt am Scheideweg.

Anfang 7 Uhr.

Neues Theater im Rosengarten.

Mittwoch, den 14. Juni 1922.

Der Vogelhändler (Volksvorstellung)

Anfang 8 Uhr.

Mittwoch, 14. Juni, abends 7 Uhr

Wasserballspiele

der A-Klasse I. und II. Mannschaft *3077 NIKAR Heidelberg - Schwimmverein Mannheim im Schleusenkanal an der Pegelwehr. Von der Rheinischen Creditbank, Mannheim, ist beantragt, M. 22.000.000.- Stammaktien 22000 Stück über je M. 1000.- Nr. 1-22000 der

Gebrüder Fahr, Aktiengesellschaft, Pirmasens (Pfalz)

und Mk. 250.000.- auf den Namen lautende neue Aktien der

Continentalen Versicherungs-Gesellschaft in Mannheim

250 Stück zu je M. 1000.-, mit 25 % eingezahlt, Serie IV Nr. 2501-2750 zum Handel und zur Notierung an der Mannheimer Börse zuzulassen. 5930

Mannheim, den 12. Juni 1922.

Zulassungsstelle für Wertpapiere an der Börse zu Mannheim.

Sporthauben

prompt lieferbar. Anfragen unter D. H. 759 an Rudolf Mosse, Mannheim. 6782

Wer repariert jedes Motorrad?

Gebr. Heimsath

Laurentius-Strasse Nr. 26 Umbau, Anbringen von Lichtmaschinen, Trittbretter, Anlasser und Vergaser etc. *3017

Auslands-Zucker

zu Mk. 35.00 per Kilo bietet an. 5828

Bei Hebrabnahme billiger.

Franz Huber & Co., Ludwigshafen a. Rh.

Rotenstrasse 32, Ecke Schützenstrasse.

Telephon 993.

Wochen-Sonder-Offerte!

Junges Hammelfleisch 36.- aus irischer Schlachtung alle Stücke... per Pfd. Wt.

Mastochsenfleisch 30.- hervorragende Qualität ganz kurz eingefroren p. Pfd. Wt.

nur in den Metzgereien 5044

Bernh. Hirsch Friedr. Fiedler J 1, 16 Q 2, 20

Verkäufe

Günstige Kapitalanlage.

Wochen-, Seiten- und Hintergebäude mit Oberfahrt am Dullering sollen zu verkaufen zum Preise von 300.000 Mk., Anzahlung 100.000 Mk., außerdem noch eine große Anzahl Wohn- u. Geschäftshäuser jed. Art, zum Teil sofort beschubar. Näheres Immo-Büro Weber 06. 1. Tel. 9029

Elektro-Inst.-Geschäft

verbunden mit Großhandel, großer Laden, Büro und Lagerräume in erster Pfälzischer Industriezone günstig abzugeben. *3026 Angebote unter H. U. 5 an die Geschäftsstelle erbet.

Kauf-Gesuche

Zement jedes Quantum zu kaufen gesucht. 2513 W. Türk & Sohn, Baugeschäft, Ludwigshafen a. Rh.

Zu kaufen gesucht:

Deutsche Schäferhunde, Jagdhunde, Foxterrier, Zwergspitze. Vorzuführen Dienstag und Mittwoch. Hotel Kalmbacher Hof, Ludwigshafen, Kais. Wilhelmstr., von 2-7 Uhr nachm.

Todes-Anzeige.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, von dem gestern früh erfolgten Ableben unseres langjährigen Arbeiters

Andreas Weiler

geziemend Kenntnis zu geben. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Mannheim-Waldhof, den 12. Juni 1922.

Chemische Fabrik Weyl Aktiengesellschaft.

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle Mannheim aus statt.

Für die Reise!

Die Nachsendung des „Mannheimer General-Anzeigers“

während der Reisezeit kann nach jedem gewünschten Aufenthaltsort unter Kreuzband erfolgen.

Bestellungen sind nur schriftlich an die Geschäftsstelle E 6, 2 zu machen. Der Versand kann täglich erfolgen und täglich eingestellt werden.

Zur Vermeidung der Porto- und Einzugskosten bitten wir die Gebühren für den Versand im Voraus zu entrichten. — Diese betragen:

Für 1 bereits abonniertes Exemplar... wöchentlich Mk. 3.— Für 1 besonderes Exemplar... Mk. 21.50 Für Nichtabonnenten... Mk. 27.—

Mannheimer General-Anzeiger.

FLACH Tischplatten S. GUTMANN Krossenbrunn D 5, 4 gegenüber 2. Turm

Kammer-Lichtspiele

Spielplan

von Dienstag bis Donnerstag

Aus dem Schwarzbuch eines Polizeikommissars (Verbrechen aus Leidenschaft)

1. In Hagzell 2. Das Weib des Wärgers 3. Der Werd in der Apothek 4. In gelbem Mischon

Großes dramatisches Filmschauspiel mit Theodor Löss u. Ludwig Hartau

Der Besessene

Schauspiel in 6 Akten nach der Novelle: „Das Fräulein von Scuderie“ von E. T. A. Hoffmann

Hauptdarstellerin: ANNA DANDLER v. Nat.-Theat. München

Alte Zahngebisse

tauft Montag, O 5, 2. 642



Unwiderruflich nur noch bis einschließlich Donnerstag

Das Weib des Pharaos

Donnerstag 3 Vorstellungen um 3, 5 1/2 u. 8 1/2 Uhr. Billet-Vorverkauf täglich 11-1 Uhr.

Kassenöffnung, Dienstag u. Mittwoch ab 4 Uhr und Donnerstag (Fronleichnam) ab 2 Uhr.

Uhren u. Schmucksach.

repariert gut und billig Oskar Selds, Uhrmacher, O 4, 19, 2 Treppen.

Jg. Frau wäscht u. bügelt

für einige bessere Herren oder Damen, auch auswärts, 2000 Engel, u. H. O. 99 an die Geschäftsstelle.

Grosse Versteigerung

Q 3, 4. Von Mittwoch, den 14. Juni, nachmitt. 2 1/2 Uhr

versteigert: 2523 1 schönes Klavier, ein Schreibisch, 1 Sekretär, 1 Büfett, 1 Tisch, und Kuchentische Betten, Kinderwagen, Schrank, Silber, Spiegel, Bürgerschränke, Rieder, Regulator, Haus- und Küchengeräte und anderes mehr.

Ledernehe jed. Posten Möbel oder Ware zum Versteigern oder geg. Vor. H. Arnold Nationaler u. Zögler Q 3, 4. — Tel. 6219.

Süßrahm-Tafelbutter

bei Abnahme von 5 Pfd. per Pfund Mk. 72.—

Voll-Milch

kondensierte ger. und ungesüßert 2517 Rommeiss, H 1, 15

Maß-Schneiderei

empfehle ich im Vorfreigen von Maßgaben bei zugebrachten Stoffen. Garantie bei bester Verarbeitung u. inbaldigem Sitz. Wägen Breiten. *3016 Geiger, C 4, 1.

Auf, nach Amerika! United States Lines. BERLIN W 8, Unter den Linden 1: MANNHEIM, Hansa-Haus, D 1, 7/8 und alle anderen Reisebüros. General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen.

Südwestdeutsche Wärmewirtschafts- und Wärmeindustrie-Ausstellung Ludwigshafen a. Rh. 1.-30. Juni 1922.

Wärmewirtschaftliche Vorträge

während der Ausstellungsdauer in der höheren Mädchenschule Ludwigshafen am Rhein, Bismarckstrasse 39

Samstag, den 17. Juni, 4 Uhr nachmittags: Professor Dr. Pöschel, Mannheim: „Die wirtschaftlichen Vorteile von Feuerungen der Grossindustrie, erläutert an bedeutsamen Formen der Eisen- und Stahlgewinnung“ (mit zahlreichen Lichtbildern).

Samstag, den 24. Juni, 4 Uhr nachmittags: Universitätsprofessor Geheimrat Dr. Gothelm-Heidelberg: „Die Volkswirtschaft im Kohlenhaushalt“.

Dienstag, den 20. Juni, 5 1/2 Uhr nachmittags: Professor Dr. Buccerius-Karlsruhe (Forschungsanstalt für rationelle Betriebsführung im Handwerk e. V.): „Wärmewirtschaft im Haushalt und Klein-gewerbe“ (mit Lichtbildern).

Montag, den 26. Juni, 4 1/2 Uhr nachmittags: Oberingenieur Gleichmann-Dortmund, (Deutsch-Luxemburg-Bergwerks- und Hütten A.-G.): „Energieausgleich unter besonderer Berücksichtigung des Wärmespeichers“.

Freitag, den 23. Juni, 7 1/2 Uhr abends: Dr. Liese, Direktor der Stadt Werke „Vom Kienstein zur Bogenlampe, Entwicklung der Beleuchtung“. Demonstrationen und Experimentalarbeit.

Dienstag, den 27. Juni, 7 1/2 Uhr abends: Dr. Grünzweig-Ludwigshafen a. Rh.: „Von der Kohle zur Kunst“. (Vortrag mit Lichtbildern).

Eintrittspreis pro Vortrag Mk. 8.—, Karte für die ganze Vortragsserie Mk. 28.—, Schüler zahlen Mk. 5.— bzw. Mk. 15.—. / Anmeldungen: Ausstellungs-Büro, Fernruf Stadthaus, Buchhandlung Weinholt & Matthias, Ludwigshafen, Bismarckstrasse. 552

Wer probiert - der lobt! Herren- und Burschen-Kleidung.

Wir verkaufen Anzüge, Schlüpfer, Paletots, Regenmäntel, Hosen, sehr preiswert. 5884. Besondere Anzüge werden verfertigt. 03,4a Mannheim - Planken 1 Treppe, kein Laden neb. d. Mohren-Apoth.